

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,50 RM., bei Goldprägung 3 RM., zugl. 10 Pf. Wertsch. Steuer. Wochensubskriptionen sind jederzeit möglich. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben. Bestellungen sind unter Berücksichtigung der Postgebühren zu jeder Zeit bei den Geschäftsstellen oder bei den Postämtern entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises. — Abdruckung einzelner Artikel erfolgt nur, wenn Verio besteht.

Angelagerter Preis für den 1. April 1931: Die 1. und 2. Ausgabe der amtlichen Tageszeitungen 40 Reichspfennig, die 3. und 4. Ausgabe 20 Reichspfennig, die 5. und 6. Ausgabe 10 Reichspfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißner, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 118 — 90. Jahrgang.

Telegr.-Nr.: „Amidblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 1940

Sonntabend, den 23. Mai 1931

Wir wollen leben!

Eine politische Pfingstbetrachtung.

Wie vielen, vielen Deutschen wird in diesem Jahre ein Erinnern an das Goethe'sche „Pfingsten, das liebliche Fest, wor gekommen“ nicht ein bitteres Lächeln, ein von wenig grünender und blühender Hoffnung gezeugtes Achselzucken, zum mindesten ein griesgrämlich protestierendes Schmelzen abnötigen! Mit grauen Schleiern verhüllt es unseren Augen die Not, daß mit neuem, festlichem Gewande die Natur sich geschmückt hat. Aber dieser graue Schleier liegt über den Seelen von uns allen. Vergeblich ist die heimliche Predigt der Natur. Wir hören sie nicht. Mehr aber noch als nur ein Fest der Natur ist Pfingsten. Ein Fest des Geistes ist es. — Sollte es sein! Aber ganz „unlieblich“ ist dieser Tag geworden, da über die geistige Freiheit und das aus ihr emporkommende Sich-freuen die materielle Not mit ihrer Ungeheuerlichkeit zu triumphieren vermag. Wohin wir auch blicken — überall herrscht dieses Widergeistige, das Ungeistige des rein Materielle, der erbitterte Kampf mittels der Ellenbogen. Oder mit Schlimmerem. Die Angst vor dem Kommenden, die Sorge um das Morgen, die eine Freude am Festtag nicht aufblühen läßt, über diese auch gleich wieder in das grob Materielle hineintreibt. Wie eine Gewitterwolke steht ein Schicksal über uns und verdunkelt die Sonne des Pfingsttages. Die Erbitterung gegen jenes unerbittliche Schicksal droben am Himmel über Deutschland steht als eisern gepanzerter Schildwache vor dem Herzen. Sie sorgt dafür, daß kein Strahl der Pfingstsonne hineindringt, kein Pfingstflüßlein hineinweht.

Und wir harren auf „das Wunder“. Auf das Kommen eines neuen Geistes. Darauf, daß an die Stelle des Ungeistes überhaupt wieder Geist trete. Auf — das Pfingstwunder. Aber Wunder sind selten geworden in der Welt. Und sie verlangen zum mindesten ein ausnahmsbereites Herz. Aber selbst der Geist, der am ersten Pfingstfest verniederkam auf die Apostel und die Jünger, der sie mit dem Geiste des Kampfes und Ringens wolkte für etwas Neues, etwas Weltumstürzendes erfüllte — er müßte in unseren Herzen erst noch den Kampf mit dem Materielle, mit dem Ungeist des Hasses, des rohen Fanatismus führen. Denn mit parteipolitischen Haß, mit wilder Kampfbegier der einen wider die anderen ist unser Volk durchtränkt. Wir sprechen in vielen Sprachen und Jungen, aber so, daß — anders wie bei jenem ersten Pfingstfest — wir einander nicht mehr verstehen. „Man gehört auch zum Böbel, solange man immer auf andere die Schuld schiebt, aber man ist auf der Bahn der Weisheit, wenn man nur sich selbst verantwortlich macht.“ — das ist nicht eine „Kapuzinerpredigt“ des griechischen Philosophen, der dies Wort sprach, sondern eine Weisheit, die zu erkennen und zu befolgen gerade jetzt mehr denn je eine Art Pfingstwunder wäre. Vorläufig aber suchen wir die Schuld der anderen mittels Pistole, Schlagring oder Faustkugeln zu quittieren. Und dieser Vornahme selbst das Brauen überdienen, mit dem sich das Kommen eines neuen Geistes verkündigen müßte. Ungeistige parteipolitische Selbstgefälligkeit, trachende Schlagworte, hinter denen, ach, meist nur herzlich wenig Geist sich fast unauffindbar verbirgt, grobe materielle Verheißungen für eine Zukunft, deren Gestaltung ja doch nicht von uns allein abhängt, und immer wieder jenes Abschleichen der Schuld auf „die anderen“, — das ist nicht ein Vorwärtskommen auf der „Bahn der Weisheit“, ist nicht ein ausnahmsbereites Harren und Hoffen auf einen neuen, einen „heiligen“ Geist. Der kann nur dort eindringen, wo das Bewußtsein der eigenen „Schuldhaftigkeit“, die Erkenntnis der eigenen Verantwortungsspflicht den Boden durchspült hat und nicht ungeistiges Erstarrtsein die Aufnahme der Saat unmöglich macht.

Dieses Erstarrtsein haben wir ja auch wieder fast überall in Europa gesehen rings um Deutschland. In Genf war auch nichts zu hören von dem Brauen eines sich auf die Vertreter der Völker herniederlassenden neuen Geistes. Was da mit harter, stroffer, griesgrämiger, immer nur Nein! sagender Stimme zu den Deutschen sprach, war der alte Ungeist der Friedensdiktate. Es waren die Pharisäer, die im Besitz der Macht sind und alles daran setzen, die Tore fest zu verschließen, an die ein neuer Geist vergeblich pocht. Auch dort war man in einem Saale versammelt, aber nur Streit und Hader, Drohungen und brutales Fordern erfüllte ihn, obwohl auch hier oben am Himmel die schwarzen Wolken allgemeiner Not hängen. Man redete in vielen Sprachen, aber die Zuhörenden verstanden einander nicht. Hier kam die Natur, die Entwicklung nicht zu neuem Schaffen, hier herrscht das Widergeistige, der Ungeist eines Weisendasses von gestern und vorgestern, der uns Deutsche auf den Leidensweg zwang und ihn bis auf unabsehbare Weite hinaus fortzuführen heißt.

Aber noch und trotzdem: Wir leben. Und wir wollen leben. Können aber nur leben, wie es das Schicksal über uns und die nachfolgenden Geschlechter verbängt hat. Es gibt keine „Pfingstwunder“ mehr, sondern nur das eine, das zugleich Mahnung und Ziel ist, das vom Geist besoldet wird gegenüber dem Starrsinn des Ungeistes, der Verzweiflung und der Hoffnungslosigkeit: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, Der täglich sie erobern muß. . . !

Vor neuen Steuererhöhungen?

Stärkere Belastung der höheren Einkommen.

Gerüchte und Dementis.

Die Folge der Geheimnistuerei um die Maßnahmen in der angekündigten Notverordnung sind Gerüchte und wachsende Beunruhigung, und auf die Gerüchte folgen Proteste und auf die Proteste Gegenerklärungen aus dem Ministerbüreau. Dieses Spiel geht nun schon seit Tagen. Immer neue Gerüchte tauchen auf und immer neue Dementis folgen. Aber wer glaubt heute noch an Dementis? Ist doch so manches eingetroffen, was zunächst als unmöglich bezeichnet worden ist. Es ist höchste Zeit, daß mit diesem Spiel endlich Schluß gemacht wird, und daß die Öffentlichkeit erfährt, was ihr bevorsteht. Die wachsende Beunruhigung trägt wahrhaftig nicht dazu bei, das Vertrauen in die allgemeine Lage zu heben.

Seit einigen Tagen ist auch das Gerücht im Umlauf, daß die angekündigte Notverordnung neue Steuererhöhungen bringen werde, trotzdem der Kanzler und der Reichsfinanzminister in den letzten Wochen mehrfach erklärt haben, Steuererhöhungen seien unmöglich, weil wir an der Grenze der Belastung längst angelangt sind. Aber die Gerüchte wollen nicht verkümmern, und sie haben auch prompt die erwartete Gegenerklärung ausgelöst. Aber diese Erklärung, die ihrer ganzen Form nach aus unterrichteten Kreisen stammt, ist eigentlich keine Widerlegung, sondern nur eine Bestätigung der Gerüchte in sehr vorwichtiger Form. Es wird schließlich zugestanden, daß eine stärkere Belastung der höheren Einkommen wohl nicht zu umgehen sei, um einen Ausgleich für die Kürzung der Sozialleistungen zu schaffen. Damit wird auch bestätigt, daß eine Kürzung der Sozialleistungen kommen wird.

Die verjaagte werdung lautet:

Im Hinblick auf die bevorstehenden Kabinettsberatungen über die Sanierung des Reichshaushalts sind neuerdings Meldungen aufgetaucht, wonach die Reichsregierung außer einschneidenden Ersparnismaßnahmen auch noch die Erhöhung gewisser Steuern plane, da

die zu erzielenden Ersparnisse nicht ausreichen.

um den Haushalt zum Ausgleich zu bringen. Genannt werden schon seit einiger Zeit die Einkommensteuer für die Einkommen über 5000 Mark und die Umsatzsteuer. Der Reichsfinanzminister hatte vor einem Jahre, als die erste Notverordnung vorbereitet wurde, der Erhöhung der Umsatzsteuer mit dem Bemerkten widersprochen, daß hier die letzte Reserve des Reiches liege, die man nicht zu früh angreifen dürfe. Bisher ist nicht bekanntgeworden, daß Dr. Dietrich seinen Standpunkt einer Revision unterzogen hätte. Insgesamt wird zu den Gerüchten über geplante Steuererhöhungen erklärt, daß es sich vorläufig um Kombinationen handele. Da das Kabinettsrat erst Anfang der nächsten Woche mit den Fragen beschäftigen wird und da man mit einer mehrwöchigen Dauer dieser Beratungen rechne, ist einweilen Sicheres hierzu noch nicht zu sagen. Soviel freilich dürfte feststehen, daß

innerhalb der Reichsregierung selbst Bestrebungen im Gange

sind, mindestens die Steuern auf die höheren Einkommen heraufzusetzen, um dadurch den unvermeidlichen Abbau bei den sozialen Leistungen vollständig zu kompensieren.

In einer andern Meldung aus amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Kommission zum Studium der Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten, die sogenannte Brauns-Kommission, ihre Arbeiten an dem zu erwartenden dritten Gutachten noch nicht beendigt habe. Die Arbeiten werden nach Pfingsten fortgeführt. Wann mit der Fertigstellung dieses dritten und letzten Gutachtens zu rechnen ist, wird in der Mitteilung leider nicht gesagt.

Henderson nimmt gegen Danzig Partei

Angenügender Oberschlesienbericht.

Ein Protest von Dr. Curtius.

Die Völkerbundsbesprechungen ruhten am Freitag vormittag, dafür fanden zahlreiche private Besprechungen statt.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hat in Genf dem Partier japanischer Vorkämpfer Yoshizawa, der im Völkerbundrat Berichterstatter für Oberschlesien ist, einen Besuch abgestattet. Die deutsche Abordnung lehnt die Vorschläge des Völkerbundssekretariats, den Oberschlesienbericht der polnischen Regierung einfach zur Kenntnis zu nehmen, und damit die Verhandlungen der Oberschlesienfragen vor dem Rat abzuschließen, aufs nachdrücklichste ab.

Die deutsche Abordnung hält den Standpunkt aufrecht, daß der Oberschlesienbericht der polnischen Regierung völlig ungenügend ist und daß die von Polen erwähnten Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheit in keiner Weise eine Ausführung der Polen im Januar vom Rat auferlegten Verpflichtungen darstellt. Die Vertagung der Oberschlesienfrage auf die Septembertagung wird als feststehend angesehen, jedoch wird das deutsche Ratsmitglied ausdrücklich auf den ungenügenden und unbefriedigenden Charakter des Berichtes der polnischen Regierung hinweisen und die Notwendigkeit neuer verschärfter Forderungen des Rates an die polnische Regierung zum Schutze der deutschen Minderheit fordern.

Keine besondern Vorrechte für Polen.

Zwischensatz bei Behandlung der Danziger Frage.

Im Völkerbundsrat gelangte die Danziger Frage zur Verhandlung, nachdem bis in die letzten Minuten hinein vertrauliche Besprechungen in der Angelegenheit stattgefunden hatten. Der Rat nahm einstimmig einen von Henderson vorgelegten Bericht an, der drei grundsätzliche Feststellungen des Gravina-Berichts übernimmt: 1. Daß die gegenwärtige Krise eine Danzig-polnische Krise, nicht aber eine Krise in den Beziehungen Danzigs zum Völkerbund sei; 2. daß der Rücktritt Straßburgers lediglich eine innerpolitische Angelegenheit sei und 3. daß keinerlei Veranlassung für Polen vorliegt, einen militärischen Schutz für die polnischen Interessen in Danzig auf Grund der Ratsentscheidung von 1921 zu verlangen.

Der Bericht Hendersons spricht Gravina das Vertrauen aus und sieht eine neue Regelung der bisher von Danziger Seite scharf umstrittenen Macht des Völkerbunds-Kommissars vor.

Hieran schloß sich eine längere Aussprache, bei der Jaleski erklärte, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit in Danzig nicht genügen, so daß er sich der Stimme enthalte. Hiermit erklärte, daß der Völkerbunds-Kommissar das volle Vertrauen des Danziger Senats besitze. Graf Gravina betonte, daß

die Beziehungen zwischen Danzig und Polen gegenwärtig einen bedingungslos angenommen hätten.

Hierauf kam es zu einem Zwischenfall, da Henderson plötzlich Danzig für die gegenwärtig gespannten Beziehungen zu Polen verantwortlich zu machen versuchte. Er richtete den dringenden Appell an den Danziger Senat, im eigenen Interesse alle Möglichkeiten zu vermeiden, aus denen sich Unruhen ergeben könnten. Insbesondere schloß

Demonstrationen nationalistischer Organisationen

auf Danziger Gebiet gefährliche Risiken in sich. Das gab Curtius Veranlassung, festzustellen, und zwar im Namen des Völkerbundsrates, daß von beiden Seiten die erforderliche Unparteilichkeit gewahrt werden und dafür Sorge getragen werden müsse, daß es zu keinerlei Provokationen kommen dürfe.

Der hilflose Völkerbund.

Auch die Memelfrage soll vor den Haager Gerichtshof. Im Rat gelangten die Beschwerden der deutschen Regierung vom September v. J. gegen die litauische Regierung zur Verhandlung, in denen in verschiedenen Fragen ein Bruch des Memelstatuts vorgebracht wird. Der Rat nahm eine Entschließung an, die wegen des strittigen Finanzausgleichs die Entsendung eines unabhängigen Finanzfachverständigen vorsieht. In den beiden weiteren Streitpunkten zwischen Deutschland und Litauen, dem Kriegszustand im Memelgebiet

und der Frage der Gerichtsbarkeit, beschloß der Rat, ein Urteil des Internationalen Haager Gerichtshofes herbeizuführen, inwieweit die von der litauischen Regierung eingenommene Haltung den Bestimmungen des Memelstatuts entspricht.

Fette Posten für Völkerbundsbeamte im Saargebiet.

Die Völkerbundsregierung im Saargebiet hat dem Völkerbundrat in Genf ihren Vierteljahrsbericht vorgelegt. Der Bericht enthält auch nähere Angaben über die Finanzlage des Saargebietes.

Es geht daraus hervor, daß die Regierungskommission im Laufe der vergangenen Jahre aus der Steuerkraft der Saarbevölkerung einen Überschuf von 180 Millionen Franz herausgewirtschaftet hat, aus dem nach den Bestimmungen des französischen und internationalen Beamten der Völkerbundsverwaltung eine hohe Abfindung gezahlt werden soll. Diese Maßnahme steht zu der Kollage im Saargebiet, der wachsenden Arbeitslosigkeit und den von der französischen Grubenverwaltung vorgenommenen erheblichen Lohnkürzungen in tristem Widerspruch.